

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 206 November 2000

Kinder und der Ustermer Strassenverkehr

Freiräume statt Freie Fahrt

P.P. Uster

Mit Petitionsbogen:
«Für eine sichere Brunnen-/Bahnhofstrasse»

Inhalt

Nicht sinnvoll und zu teuer	3
Zur Abstimmung über die Unterführung der Winterthurerstrasse Von Dagmar Anderes	
Freiräume statt Freie Fahrt	4
Strassenverkehr: Wie Kinder den Verkehr wahrnehmen Von Barbara Geering	
Es muss etwas geschehen	6
Nord-Süd-Verkehr: Tödliche Gefahren für VelofahrerInnen Von Barbara Thalmann	
Abstimmungsparolen der SP Uster	6
Petition «Für eine sichere Brunnen-/Bahnhofstrasse	8
Prof. Rüdüsühli's mobilitätspsychologischer Blick	9
Von Rolf Murbach	
Gefährliche Kreuzungen in Uster	9
Bilder von Rolf Murbach	
Denner will Kranke strafen	10
Von Franco Cavalli	
Ein sinnvolle Umverteilung der Bundesausgaben	10
Von Christiane Brunner	
Therapie und Überlebenshilfe	11
Ja zum Beitrag an die dezentrale Drogenhilfe Von Rolf Graf	
Veranstaltungskalender	12

Versione italiana sul retro

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster
www.forumonline.ch

Herausgeberin:	Sozialdemokratische Partei
Anschrift:	FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage:	9600
Abonnement:	für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf PC 80 – 13431 – 8
Redaktion:	Dagmar Anderes, Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredi Gut, Rolf Murbach, Fredi Gut
Layout:	Fredi Gut
Vertrieb:	Stefan Feldmann
Druck:	Repress Zürich

Editorial



In diesem FORUM geht es einmal mehr um Verkehrspolitik. Der tragische Unfall beim Bahnhof im September ist Anlass genug, alles zu unternehmen, um die Sicherheit auf den Ustermer Strassen zu erhöhen. Sie finden deshalb in diesem FORUM unter anderem einen Petitionsbogen, der mehr

Sicherheit für die Brunnen-/Bahnhofstrasse fordert, wo der tragische Unfall geschehen ist. Je mehr Unterschriften wir dafür finden, desto schneller wird eine Lösung realisiert werden können. Machen auch Sie mit. Ich selber werde selbstverständlich in meinem Freundes- und Bekanntenkreis Unterschriften dafür sammeln.

Trotzdem bleibt ein ungutes Gefühl zurück. Seien wir doch ehrlich: Der Unfall hätte ebenso gut auf der Zentralstrasse geschehen können, ebenso gut wie auf der Seestrasse, der Zürichstrasse, Florastrasse, Burgstrasse, Wilstrasse ... Der Unfall wird morgen oder übermorgen wieder passieren, an einem andern Ort mit einem andern Opfer. Das wird auch unsere Betroffenheit nicht verhindern können. Ist dies der Preis, den wir für unsere Verkehrspolitik zu bezahlen haben? Gemäss Auskunft des Bundesamtes für Gesundheit werden pro Jahr 21 600 Kinder Opfer von Verkehrsunfällen. Das sind immerhin 60 Kinder pro Tag. 60 verunfallte Kinder pro Tag als Preis, den wir bezahlen, wenn wir weiterhin für die 300 Meter zur Bäckerei das Auto benutzen, wenn wir unsere Zigaretten am Kiosk und die Milch in der Migros motorisiert einkaufen? Wir nehmen damit in Kauf, dass Kinder immer weniger Freiräume zum Spielen haben, dass 8 bis 10 Prozent unserer Kinder von Asthma betroffen sind, dass 30 Prozent der EinwohnerInnen «Lärmwerten des Strassenverkehrs ausgesetzt sind, die als kritisch bezeichnet werden müssen», dass «der motorisierte Verkehr (auch der von Uster) fast zu einem Drittel zur Treibhausbilanz und damit zur vom Menschen verursachten Klimaerwärmung beiträgt»...

Ich weiss nicht, aber mit unserem Verkehr und unserer Verkehrspolitik haben wir insgesamt ein Problem, das mit einem Velostreifen an der Brunnenstrasse – auch wenn dieser dringend nötig ist – sicher nicht gelöst ist. Da werden wir uns Besseres einfallen lassen müssen, wenn uns unsere Kinder wirklich etwas wert sind.

Zitate aus der Internetseite des Bundesamtes für Gesundheit

Abstimmung vom 26. November: Nein zur Initiative für die Unterführung der Winterthurerstrasse

Nicht sinnvoll und zu teuer



Zugegeben: Barrieren sind in Uster nicht gerade rar. Und natürlich sind sie immer dann geschlossen, wenn man das Bahngleis queren will... Trotzdem ist die Idee einer Bahnunterführung bei der Winterthurerstrasse

schlecht.

Von Dagmar Anderes

1998 lancierte die Freipartei (FPS) eine Volksinitiative die vom Stadtrat verlangte, für den Bau einer Bahnunterführung bei der Winterthurerstrasse eine Kreditvorlage auszuarbeiten. Ihre Begründung: Uster sei durch die fast ständig geschlossenen Barrieren eine zerteilte Stadt. Ausserdem komme es zu Staus, ein flüssiger Verkehr werde so verhindert und damit schlechte Rahmenbedingungen für Handel und Gewerbe geschaffen. Auch wenn die Winterthurerstrasse eine Staatsstrasse sei – und somit dem Kanton «gehört» –, könne der Bau durch die Gemeinde ausgeführt werden, meinten die InitiantInnen. Der Stadtrat aber sah dies anders und beantragte dem Gemeinderat Ende August 2000 die Initiative mit einer Nein-Empfehlung in die Volksabstimmung zu schicken.

Mehrbelastung für Quartier

Für einmal waren sich die ParlamentarierInnen über die Parteigrenzen hinweg ziemlich einig: Bis auf zwei lehnten alle die Volksinitiative klar ab, sogar das einzig verbliebene FPS-Gemeinderatsmitglied konnte sich nicht mehr für das Begehren erwärmen. Denn obwohl sich auch die PolitikerInnen bisweilen über die geschlossenen Barrieren ärgern – die Argumente sprechen eindeutig gegen eine Bahnunterführung bei der Winterthurerstrasse.

Da die Winterthurerstrasse im regionalen Richtplan als Hauptstrasse bezeichnet ist, ist für sie der Kanton Zürich zuständig. Das heisst er plant, baut und erledigt den betrieblichen Unterhalt wie Reinigungs- und Winterdienst. Zwar sieht der Richtplan vor, die Winterthurerstrasse zu einem späteren Zeitpunkt in eine kommunale Strasse abzuklassieren. Für diese wäre dann wieder Uster zuständig. Voraussetzung dafür ist



Die Ausgabe von 20 Millionen Franken zu tätigen wäre unverantwortlich, da der Kanton mit der geplanten Lorenstrassen-Überquerung der Stadt ja gratis eine Lösung aufischt!

jedoch, dass der Zubringer West, welcher durch die Loren führt, gebaut wird. Auf dieser neuen Lorenstrasse soll künftig der Nord-Süd-Durchgangsverkehr mit direktem Anschluss an die Oberlandautobahn geführt werden. Die Querung der S-Bahn ist bei der Zürichstrasse auf der Höhe der Tumigerstrasse vorgesehen, die Kosten wird der Kanton übernehmen. Der Bau dieser kantonalen Strasse – welche im Zusammenhang mit der Volksabstimmung über den Gestaltungsplan Loren gutgeheissen wurde – hat den grossen Vorteil, dass dadurch die Wohngebiete an der Winterthurerstrasse vom Durchgangsverkehr entlastet würden. Beim Bau der geforderten Unterführung wäre das Gegenteil der Fall. Abgesehen davon, dass also eine Unterführung der Winterthurerstrasse den Planungsabsichten in den Loren zuwiderläuft, muss man sich grundsätzlich fragen, ob eine zweite Unterführung im Abstand von nur 200 Meter zur bereits bestehenden Unterführung bei der Dammstrasse sinnvoll ist.

20 Millionen Franken sind kein Pappenstiel

Zwei weitere Punkte, die gegen die Initiative sprechen, sind der rechtliche und der finanzielle Aspekt. Die Winterthurerstrasse ist wie bereits erwähnt im regionalen Richtplan als Hauptstrasse festgelegt und damit im Zuständigkeitsbereich des Kantons. Zwar könnte sich die Stadt

Uster die Projektierung und Bauausführung vom Kanton übertragen lassen. Vorgängig müsste dann aber die regionale Richtplanung geändert werden. In der Praxis bedeutete dies, dass sich der Stadtrat bei der Planungsgruppe Zürcher Oberland für eine Revision des regionalen Verkehrsrichtplanes einsetzt, damit Uster für den Teilabschnitt der Winterthurerstrasse zuständig wird. Dieses Vorgehen wäre sehr kostspielig, umständlich und vor allem auch zeitaufwändig. Eine schnelle Realisierung der Unterführung, wie sich die InitiantInnen das vorstellten, ist somit nicht möglich.

Gegen die Initiative sprechen schliesslich auch die Kosten, die Uster notabene alleine zu bezahlen hätte. Schätzungen gehen von rund 20 Millionen Franken aus. Diese Ausgabe zu tätigen wäre unverantwortlich, erst recht, da der Kanton mit der geplanten Lorenstrassen-Überquerung der Stadt ja gratis eine Lösung aufischt!

Ein Nein in die Urne

Aus den genannten Gründen wird verständlich, weshalb Stadt- und Gemeinderat die Initiative ablehnen. Es kann nicht im Sinn der EinwohnerInnen Usters sein, ein Projekt umzusetzen, das verkehrsplannerisch und wirtschaftlich keinen Sinn macht. Die SP Uster empfiehlt, ein Nein in die Urne zu legen.

Strassenverkehr: Wie Kinder den Verkehr wahrnehmen

Freiräume statt Freie Fahrt



Seit Jahrzehnten nimmt die Zahl der Autos zu. Heute gibt es bei uns fast viermal so viele Autos wie Kinder. Der Lebens- und Handlungsraum unserer Kinder wird durch den Strassenverkehr stark eingeschränkt. Doch der Strassenverkehr muss sich an die Leistungsmöglichkeiten der Kinder anpassen, damit diese zu Fuss, mit dem Fahrrad oder mit Bus und Bahn sicher durch ihr Wohn- und Schulumfeld bewegen können. Wir dürfen die Kinder nicht aus dem Strassenraum verbannen, sondern wir müssen sie auf unseren Strassen schützen. Zu diesem Zweck ist es aber wichtig, die Leistungsmöglichkeiten der Kinder zu kennen und Verkehrssituationen, in denen sie überfordert sind, zu eliminieren.

Von Barbara Geering*

Kinder benötigen für ihre körperliche, geistige und soziale Entwicklung einen Freiraum für Spiel, Bewegung und Geselligkeit, möglichst in der Nähe ihrer Wohnung. Und sie benötigen auch die Möglichkeit, ihr Wohnumfeld selbständig zu erkunden, Freunde zu besuchen, ihre Schul- und Spielwege alleine zurückzulegen, Einkäufe zu erledigen usw. Fehlen diese Möglichkeiten, können körperliche, geistige und soziale Defizite auftreten (z. B. motorische Störungen, Aufmerksamkeits- und Konzentrationsstörungen, aggressives und unsoziales Verhalten, Leistungsstörungen in der Schule und vieles mehr), ganz besonders bei Kindern, die in zu kleinen Wohnungen ohne Garten und ohne Spielplätze in der Umgebung aufwachsen müssen. Viele dieser Fähigkeiten sind gerade im Strassenverkehr besonders wichtig, und Defizite in diesen Bereichen erhöhen wiederum das Unfallrisiko und vermindern die Bereitschaft, sich im Strassenverkehr sozial und partnerschaftlich zu verhalten.

links und rechts kann man velwechtern

Aus verschiedenen Studien ist bekannt, dass das Verhalten von Kindern als Fussgänger bis zum Alter von etwa acht Jahren sehr riskant und wenig zuverlässig ist. Bis ins Alter von etwa 14 Jahren bleibt auch das Radfahren im Strassenverkehr sehr gefährlich. Vergleicht man das Verhalten von Kindern als Fussgänger im Strassenverkehr mit dem von Erwachsenen, lassen sich für die Kinder viele typische Verhaltensweisen beschreiben. Sie sind viel unruhiger, orientieren sich vor der Strassenüberquerung seltener und rennen über die Fahrbahn. Die Situation mit geparkten Autos überfordert viele Kindergartenkinder. Sechs- bis siebenjährige Kinder verhalten sich schon recht verkehrssicher. Sobald sie jedoch einem Ball nachrennen, sind die Gefahren des Strassenverkehrs vergessen, und das Spiel steht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des Kindes.

Je älter die Kinder werden, desto sicherer können sie sich im Strassenverkehr aufhalten. Viele Fähigkeiten, die für die Bewältigung des Strassenverkehrs notwendig sind, bilden sich erst im Laufe der kindlichen Entwicklung aus. Eine Entfernung richtig einzuschätzen fällt den meisten Erstklässlern noch schwer. Auch die

Geschwindigkeit eines nahenden Autos richtig zu beurteilen, ist in diesem Alter noch kaum möglich. Einige Kinder können links und rechts noch nicht unterscheiden! Die Kinder lassen sich leicht ablenken, sie können sich noch nicht gleichzeitig auf mehrere Aufgaben konzentrieren. Andere Faktoren haben ebenfalls einen Einfluss auf das Unfallrisiko. So sind Knaben deutlich stärker gefährdet als Mädchen. Kinder aus unteren sozialen Schichten verunfallen öfter als Kinder der Mittel- und Oberschicht. Auch die Persönlichkeit des Kindes hat einen Einfluss: hyperaktive, unkonzentrierte Kinder scheinen häufiger in Unfälle verwickelt zu sein.

Die Entwicklung des Gefahrenbewusstseins

Eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung von sicherheitsorientierten und unfallpräventiven Verhaltensweisen ist das Vorhandensein einer angemessenen Gefahrenwahrnehmung. Nur wenn Gefahren rechtzeitig erkannt werden, können vorbeugende Massnahmen zur Vermeidung eines Unfalls ergriffen werden. Mit ungefähr fünf bis sechs Jahren können Kinder gefährliche Situationen im Strassenverkehr erkennen, aber erst dann, wenn sie schon akut gefährdet sind. Wenn z.B. ein Kind, das einen steilen Abhang mit dem Fahrrad herunterfährt und immer schneller wird, Angst bekommt, hat es schon ein akutes Gefahrenbewusstsein. In diesem Stadium lässt sich der Unfall aber kaum mehr vermeiden, die Wahrnehmung der Gefahr kommt in der Regel zu spät. Mit etwa acht Jah-

ren lernen Kinder Gefahren vorauszusehen, d.h. sie lernen zu erkennen, durch welche Verhaltensweisen sie in Gefahr geraten könnten. Erst mit etwa neun bis zehn Jahren haben die Kinder schliesslich ein Bewusstsein für vorbeugende Massnahmen. Sie können Verhaltensweisen einsetzen um eine Gefahr zu reduzieren, z.B. indem das Kind einen Umweg in Kauf nimmt, um eine Strasse sicherer zu überqueren. Natürlich gibt es grosse individuelle Unterschiede, da sich die Entwicklung nicht immer im gleichen Tempo vollzieht. Sie hängt auch stark von den Erfahrungen ab, die ein Kind im Verkehr machen kann oder darf. Kindern, die immer mit dem Auto gefahren werden, fehlen diese Erfahrungsmöglichkeiten und das verzögert die Entwicklung der entsprechenden Fähigkeiten. Trotz Training bleibt ein beachtliches Restrisiko übrig. Auch sehr gut «trainierte» Kinder lassen sich hin und wieder ablenken und laufen dann plötzlich auf die Fahrbahn. Aus diesem Grund müssen auch andere Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit von Kindern getroffen werden.

saver speed – die Kunst der Langsamkeit

Durch Verkehrsplanungsmassnahmen können Kinderunfälle vermieden werden. Insbesondere eine konsequente Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30 in Wohn- und Schulgebieten zeigte in verschiedenen Studien, dass Unfälle mit Kindern bis zu 70 Prozent zurückgingen. Zu einer kinderfreundlichen Verkehrsplanung

gehört auch eine Parkraumbewirtschaftung, die es den Kindern ermöglicht, Sichtkontakt zu den AutofahrerInnen zu haben. Haltende oder parkende Fahrzeuge spielen eine wichtige Rolle bei der Verursachung von Kinderunfällen. In Wohngebieten müssen verkehrsberuhigte Räume eingerichtet werden, in denen die Autos nur mit Schrittgeschwindigkeit fahren dürfen. Das Ziel sollte sein, dass sich Kinder möglichst ohne grosse Risiken im Verkehrsraum bewegen können.

Die Interessen der Kinder werden in der Verkehrspolitik, in der Stadt- und Verkehrsplanung, in der Verkehrsrechtssprechung und bei der polizeilichen Verkehrsüberwachung nicht ausreichend berücksichtigt – ganz besonders dann, wenn sie den Interessen der Autofahrer widersprechen. Die verkehrserzieherische Arbeit sollte sich nicht nur an die Kinder und ihre Eltern richten, sondern sehr viel mehr auch an die motorisierten VerkehrsteilnehmerInnen. Sie müssen die Verantwortung für ihr Handeln übernehmen, da es den Kinder aus obigen entwicklungspsychologischen Überlegungen nur bedingt möglich ist, sich verkehrssicher zu verhalten.

Theorie und Praxis

Erst kürzlich fragte mich mein Sohn: Darf ich jetzt alleine in den Kindergarten? Ich bin verunsichert, er muss zwei stark befahrene Strassen überqueren. Nun bin ich nicht mehr, wie in meiner Lizentiatsarbeit, mit den theoretischen Fragen der Verkehrssicherheit von Kindern konfrontiert sondern mit ihrer alltäglichen Praxis. Es fällt mir schwer, meinem Sohn die von ihm gewünschte Freiheit einzuschränken, doch er darf noch nicht alleine in den Kindergarten. Er ist noch zu klein, um sich sicher im Strassenverkehr aufzuhalten. Viele Verkehrssituationen bewältigt er schon gut aber noch nicht zuverlässig. Leider ist die Realität auch in Uster an die Bedürfnisse der Automobilisten und nicht an die der Kinder angepasst...

**Barbara Geering ist Psychologin. Sie arbeitet auf einer Beratungsstelle für Erwerbslose. In ihrer Lizentiatsarbeit am Psychologischen Institut der Universität Zürich hat sie sich mit der Entwicklung des Gefahrenbewusstseins im Strassenverkehr bei Kindern zwischen sechs und elf Jahren befasst.*



Nord-Süd-Verkehr in Uster: Tödliche Gefahren für VelofahrerInnen

Es muss etwas geschehen!



Anfang September wurde auf der Brunnenstrasse ein 11-jähriges Mädchen von einem Lastwagen überrollt und starb auf der Unfallstelle. Der tragische Unfall zeigt: Auf der

Nord-Süd-Achse muss etwas geschehen! Die SP/Juso-Fraktion verlangt vom Stadtrat mit einem Vorstoss, dass er alle Möglichkeiten prüft, um die Sicherheit von VelofahrerInnen auf dieser Achse zu verbessern.

Von Barbara Thalmann

Erschüttert nahm Uster am 12. September 2000 einen tragischen Verkehrsunfall zur Kenntnis. Ein 11-jähriges Mädchen geriet auf der Brunnenstrasse kurz vor dem Bahnübergang mit dem Fahrrad unter die Räder eines Lastwagens, es starb noch auf der Unfallstelle. Der Vorfall durcheilte die Stadt wie ein Lauffeuer, er war Thema in den Klassenzimmern, bei Gesprächen in der Bekanntschaft und nicht zuletzt auch in politischen Gremien. Fazit ist, dass fast jeder und jede, der oder die sich öfters auf der stark befahrenen Nord-Süd-Transitachse mitten durch die Stadt Uster bewegt, eine selbst erlebte, gefährliche Situation schildern kann. Nach Meinung vieler ereignete sich denn der tödliche Unfall als Konsequenz der prekären Verhältnisse auf diesen Strassen. So traurig die Tatsache ist, dass erst etwas passieren muss, bis gehandelt wird, so klar zeigt sich, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Verkehrsdiskussion erneut aufgegriffen werden muss. Als förderlicher Hintergrund dürfte sich ein relativ neuer Denkansatz im Umgang mit Strassenverkehr erweisen, dem die Philosophie von «vision zero» zugrunde liegt, der auf Koexistenz setzt, ein Denkansatz, der die Dinge nicht nur mit konkreten Massnahmen auf den Strassen, sondern auch in den Köpfen der Menschen regeln will.

Alle Massnahmen prüfen

Mit einem von der SP/Juso-Fraktion eingebrachten Postulat soll der Stadtrat Uster beauftragt werden, die Verkehrssituation auf der Nord-Südachse Pfäffiker-, Brunnen-, Bahnhof- und Zentralstrasse zu überprüfen. Der Zustand auf diesen Strassen soll – beileibe nicht zum



VelofahrerInnen leben auch auf Usters Strassen gefährlich: Während auf Usters West-Ost-Achse (Bild) Velostreifen existieren, sind solche auf der Nord-Süd-Achse nicht zu finden. (Foto: Rolf Murbach)



Velostreifen auf der Nord-Süd-Achse würden nicht nur für mehr Sicherheit sorgen, sondern auch das Velozentrum Bahnhof mit dem Ustermer Radwegnetz verknüpfen. (Foto: Rolf Murbach)

Die Parolen der SP Uster für den 26. November

ersten Mal – diskutiert und verbessert werden. Da es sich um kantonale Strassen handelt, ist ein vehementer Miteinbezug des Kantons gefragt. Dem Stadtrat wurden keine pflanzenfertigen Lösungen präsentiert, sondern es stehen eine Reihe verschiedener Themen im Zentrum der Überlegungen. So sollen Konzepte und Massnahmen ausgearbeitet werden, um die Verkehrssicherheit der VerkehrsteilnehmerInnen, allen voran der Velofahrenden und der FussgängerInnen, zu erhöhen und allen die nötige Sicherheit zu bieten. Im Zusammenhang mit der Schulwegsicherung fragt sich auch, wie weit es verantwortbar ist, Schulkinder auf der Brunnen-, Bahnhof- oder Zentralstrasse unter heutigen Umständen velofahren zu lassen, auf einer kantonalen Transitachse und dem damit verbundenen Schwerverkehr. Es fragt sich, ob hier nicht nach einer Entflechtung gesucht werden müsste. Namentlich soll aus Sicht der SP/Juso-Fraktion ein Veloweg auf der Nord-Südachse zwischen Spital und Sonnental geprüft werden, der die bestehenden Velorouten verbindet, wobei der Anschluss an die Veloabstellplätze beim Bahnhof gewährleistet werden soll. Bis anhin existiert nur eine ungenügende Radwegverbindung Nord-Süd, welche mit (zu) weiten Umwegen verbunden ist. Die neuen Veloabstellplätze am Bahnhof werden dabei durch diesen Radweg nicht erschlossen. Ein klarer Mangel.

Ganze Achse prüfen

Es ist wichtig, die Fragen nach der Verkehrssicherheit nicht nur für die neuralgischen Punkte zu stellen, sondern die ganze Achse gesamthaft zu betrachten. Es ist wichtig, den Kanton miteinzubeziehen und in Zusammenarbeit mit ihm nach realisierbaren Lösungen zu suchen. Möglicherweise sehen Vorschläge aus früheren Jahren heute wegen veränderten Rahmenbedingung plötzlich anders aus. Vielleicht wurden bereits vor langer Zeit durchgespielte Szenarien schubladisiert und vergessen. Vielleicht gibt es neue Erkenntnisse, die bis anhin nicht zur Diskussion standen. Auf jeden Fall sind Ideen, neue Sichtweisen und auch längerfristige Ausblicke gefragt, denn das etwas passieren muss, darüber ist man sich seit dem tragischen Unfall von Anfang September hoffentlich über alle Parteigrenzen hinweg einig.

Bund

Ja zur Initiative «für eine Flexibilisierung der AHV»

Ja zur Initiative «für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann»

Weil heute nur noch eine kleine Mehrheit der Erwerbstätigen bis zum Erreichen des Rentenalters arbeitet und die starre Rentenalter-Regelung im Zeitalter einer flexiblen Wirtschaft dem nicht mehr genügend Rechnung trägt (vgl. S. 10).

Ja zur Initiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung»

Weil unsere Armee noch immer überdimensioniert und zu viel Geld verschlingt und weil mit dem eingesparten Geld mehr soziale Gerechtigkeit (z.B. ein flexibles Rentenalter) erreicht werden kann (vgl. S. 10).

Nein zur Initiative «für tiefere Spitalkosten»

Weil die «Denner-Initiative» ein Riesenschwindel ist und die Menschen künftig 70 Prozent ihrer Gesundheitskosten über die Krankenkasse nicht mehr decken könnten (vgl. S. 10).

Nein zum Bundespersonalgesetz

Weil der Bund viele vertragsrechtlichen Schutzbestimmungen fallen gelassen hat und somit einer unsozialen Vertragspolitik in der Privatwirtschaft Vorschub leistet.

Gemeinde

Nein zur Initiative für die Unterführung der Winterthurerstrasse

Weil es wenig Sinn macht, 200 Meter neben der bestehenden Unterführung eine zweite zu bauen, deren Kosten – rund 20 Millionen Franken – von der Stadt Uster ganz alleine getragen werden müssten (vgl. S. 3).

Ja zum Kredit für die dezentrale Drogenhilfe

Weil sich die Projekte des Vereins Drogenfragen Zürcher Oberland bewährt haben und laufend den aktuellen Bedürfnissen angepasst werden (vgl. S. 11).

Gefährliche Kreuzungen in Uster



Kreuzung Brauerei-/
Zentral-/Gerberstrasse



Kreuzung Freiestrasse/
Wermatswilerstrasse



Kreuzung Seestrasse/
Seeweg



Kreuzung
Winterthurer-/
Haberweidstrasse



Kreuzung Bahnhof-/
Bankstrasse
(Fotos: Rolf Murbach)

Professor Rüdüsühli mobilitätspsychologischer Blick



Das mit der Pensionierung war natürlich ein Witz. Genauer: Rüdüsühli hat es nicht ausgehalten, das Untätigsein. Also zurück zum Lehrstuhl: Rüdüsühli ist Mobilitätspsychologe. An Arbeit fehlt es dem Professor in der heutigen Zeit nicht.

So viel Unfreundlichkeit auf den Strassen, so viel Gehässigkeiten. Rüdüsühli, der Philantrop, kann es nicht mitansehen. Und erst die Querelen wegen idealen Strassenführungen. Unterführung, Oberführung oder Barriere? Das sind die Fragen, die beschäftigen. Das sind die Ärgernisse, die die Blechbüchsenmenschen umtreiben. Ihre Sorgen sind Rüdüsühli's Forschungsgegenstand.

Feldforschung. Wenn der Professor auf mobilitätspsychologischer Pirsch ist, dann ist das Kickboard sein fahrender Untersatz. Mit dem Modern-Trotti ist er schnell, wendig, unauffällig. Es ist das ideale Verkehrsmittel für diesen Job. Wenns staut, schlängelt er sich elegant durch die Autokolonne, von Fenster zu Fenster. Und beobachtet. Was er da sieht, ist nicht schön. Aufgebrachte Gemüter, kleine Familiendramen, gelangweilte oder verärgerte Gesichter. Rüdüsühli hat manchmal das Gefühl, dass so ein Stau das ganze Unglück der Leute zu Tage fördert.

Wenns im Wageninnern wegen geschlossener Barriere kritisch wird, die Ungeduld zu eskalieren droht, dann führt der Professor mit den verkehrspolitischen Opfern ein qualitatives Interview. Hallo, sagt Rüdüsühli, und schon ist er im Gespräch. Aber die Interviews sind die Ausnahme. Erstens weil ihn die wiederkehrenden vorwurfsvollen Sätze der Autofahrer langweilen: «Sehen Sie doch, es hat viel zu viele Züge, die fahren ja halbleer.» Zweitens, weil das Beobachten seine Stärke ist. Und dann natürlich die Analyse. Er sieht etwas und schon fallen ihm die Sätze zu. Nichts bleibt diffus, nichts schal. Messerscharfe Analysen eben, wie sie seine Studenten lieben.

Rüdüsühli ist ein Erzähler. In seinen Vorlesungen schildert er seine Beobachtungen und Schlüsse geradezu detailbesessen, schmückt auch mal ein wenig aus und schweift ab, kommt vom Hundersten ins Tausendste. Vor kurzem hat er sich zu einem Exkurs über ein eigenes automobiles Erlebnis hinreissen lassen. Hat erzählt, wie er vor nicht allzulanger Zeit mit seinem Cabrio durch die Toskana gebraust ist und im Rückspiegel seine windwild zerzausten Haare sah. Und sich freute. Und dazu laut Dalla hörte. Dialektisch hat der Professor dann das Spannungsfeld Auto, Lust und Umwelt ausgelotet. Und sich dabei entlarvt, ein Stück eigene Verlogenheit preisgegeben. Das Inkonsequente, das Scheinheilige aufgezeigt, was in unserer Gesellschaft alle ein wenig hätten. Über die Umweltzerstörung wettren und dennoch mit dem Wagen zur Arbeit fahren. Das Beispiel sei stellvertretend für viele. Lamento hier, Lamento dort. Arme ausgebeutete Welt, und er, Rüdüsühli, sei einer der Ausbeuter. Hat wie alle alles und Zeit, darüber nachzudenken. Der Professor kommt mit diesen Diskursen bei den Studenten gut an.

Abstimmungen vom 26. November: Nein zur Denner-Initiative «für tiefere Spitalkosten»

Denner will Kranke strafen



Karl Schweris Spital-Initiative ist ein Riesenschwindel: Statt zu einer tragbaren Finanzierung des Gesundheitswesens führt sie Kranke ins soziale Abseits. Ginge es nach dem Denner-Boss, würden künftig nur noch die Spitalkosten versichert. Bei einer Annahme der Initiative wären 70 Prozent der Kosten, die heute die Grundversicherung übernimmt, nicht mehr gedeckt.

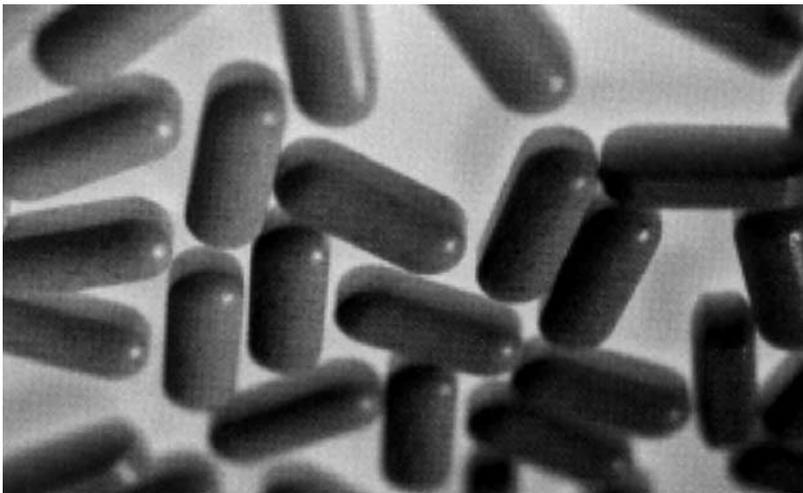
Von Franco Cavalli, SP-Fraktionschef

Die Initiative verlangt die Abschaffung der obligatorischen Krankenversicherung, ausser für Spitalaufenthalte. Damit würde die gesamte ambulante Medizin aus der Grundversicherung ausgeschlossen. Die PatientInnen müssten ihre Arztbesuche, ihre Medikamente und sonstigen Behandlungen entweder selber berappen oder sich teuer privat versichern.

Konkret: Eine Vielzahl der SchweizerInnen könnten sich einen Arztbesuch gar nicht mehr leisten. Notwendige Medikamente, zum Beispiel gegen Multiple Sklerose oder AIDS, die im Jahr rund 20 000 Franken kosten, würden für Normalverdienende unerschwinglich – ganz zu schweigen von teuren ambulanten Behandlungen wie Nierendialysen, die im Jahr mit 80 000 Franken zu Buche schlagen. Denners Rumpf-Versicherung würde weiter weder für Spitex-Leistungen noch Pflegeheime aufkommen.

Im Bereich der ambulanten Gesundheitsversorgung fände kein sozialer Ausgleich mehr statt. Ältere Leute und Chronischkranke müssten bei privaten Krankenversicherungen horrende Prämien bezahlen, die schliesslich der Staat zu tragen hätte. Die SteuerzahlerInnen müssten massiv tiefer in die Tasche greifen, um das neue Heer von Sozialhilfeabhängigen zu finanzieren.

Die Denner-Initiative will die soziale Krankenversicherung faktisch abschaffen und grosse Teile der Schweizer Bevölkerung von der medizinischen Grundversorgung ausschliessen. Dies ist Wahnsinn. Die Schweiz braucht eine soziale Krankenversicherung, die allen den Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung garantiert. Der Prämienexplosion ist nicht mit einer minimalen Sozialversicherung zu begegnen. Die Gesundheit wird für alle bezahlbar, wenn in der Schweiz statt der unsozialen Kopfprämien einkommens- und vermögensabhängige Krankenkassenbeiträge erhoben werden – wie dies die SP-Initiative «Gesundheit muss für alle bezahlbar bleiben» fordert.



Notwendige Medikamente – zum Beispiel gegen Multiple Sklerose – würden für Normalverdienende unerschwinglich.

Abstimmungen vom 26. November: Eine Chance für mehr soziale Gerechtigkeit

Eine sinnvolle Umverteilung der Bundesaussgaben



Drei der fünf eidgenössischen Vorlagen vom 26. November stehen in einem engeren Zusammenhang, als man auf den ersten Blick meinen könnte: Die beiden Initiative für ein flexibles Rentenalter und die Initiative für Einsparungen beim

Militär.

Von Christiane Brunner, Präsidentin SP Schweiz

Am 26. November werden wir einerseits über zwei Volksinitiativen für ein flexibles Rentenalter, andererseits über die Umverteilungs-Initiative abstimmen, die eine Reduktion der Militärausgaben verlangt. Den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern der Schweiz bietet sich eine einmalige Gelegenheit. Nicht etwa, zwischen AHV und Armee zu wählen, was kaum sinnvoll wäre, da die Schweiz beide Institutionen braucht. Wohl aber, die finanziellen Gewichte zwischen den beiden, der Armee und der AHV umzuverteilen.

Das flexible Rentenalter entspricht einem dringenden Bedürfnis. Einerseits, weil die Lebens- und Berufsverhältnisse von Mensch zu Mensch sehr unterschiedlich sind, andererseits weil die Unternehmen jährlich Tausende von Arbeitnehmenden, lange bevor sie das Rentenalter erreicht haben, aus dem Arbeitsmarkt ausschliessen und sie so von der Arbeitslosenversicherung, der IV oder der Sozialhilfe abhängig machen. Nach dem 58. Lebensjahr ist bereits jeder zehnte Mann invalid, kurz vor dem 65. Altersjahr ist es bereits jeder fünfte. Die zwei Volksinitiativen für ein flexibles Rentenalter sind eine Antwort auf diese brennenden Probleme. Sie werden es jedem Mann und jeder Frau ermöglichen, ab 62 die ungekürzte AHV-Rente zu beziehen, wenn sie keine Erwerbstätigkeit mehr ausüben. Das gegen diese Ruhestandsrente vorgebrachte Argument ist natürlich jenes der Kosten, nach der altbekannten Melodie «Wir können uns das nicht leisten». Dabei können wir uns anderweitig sehr viel leisten. Die Schweiz gibt jährlich neun Milliarden Franken für die Landesverteidigung aus und steht damit fast an der Spitze der europäischen Nationen. Die Initiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung» strebt eine Umverteilung dieser überrissenen Ausgaben an, ohne die Grundlagen unserer Sicherheitspolitik zu gefährden. Ein Teil des bei den Militärausgaben eingesparten Geldes würde genügen, um eine echte Ruhestandsrente ab 62 zu finanzieren.

Dreimal JA

Dreimal Ja stimmen heisst, sich für mehr soziale Gerechtigkeit aussprechen und sich gleichzeitig auch

Abstimmung vom 26. November: Ja zum Beitrag an die dezentrale Drogenhilfe

Therapie und Überlebenshilfe



Ende 2000 läuft die finanzielle Unterstützung der Stadt Uster an den Verein Drogenfragen Zürcher Oberland (VDZO) aus. Da die Situation von suchtkranken Menschen in Uster sich nur unwesentlich geändert hat, ist es sinnvoll, die Unterstützung des Vereins fortzusetzen. Deshalb haben Stadt- und Gemeinderat einem Kredit von 1,3 Mio. Franken bis 2004 zugestimmt, eine Vorlage, die auch an der Urne ein deutliches Ja verdient.

Von Rolf Graf

Der Verein Drogenfragen Zürcher Oberland (VDZO) ist die eigentliche Drehscheibe für Projekte der dezentralen Drogenhilfe in unserer Region. 33 Gemeinden aus den Bezirken Hinwil, Pfäffikon und Uster beteiligen sich an den entsprechenden Kosten. Die breite Palette der Hilfsangebote umfasst neben der Suchtpräventionsstelle in Uster verschiedene Projekte in den Bereichen Therapie und Überlebenshilfe, also in drei der vier Säulen der bundesrätlichen – und auch Ustermer – Drogenpolitik (die vierte Säule umfasst den Bereich der Repression). Die Arbeit des Vereins – der jahrelang unter der präsidentalen Leitung des SPU-Mitglieds und Kantonsrats Martin Bornhauser stand – ist über alle Parteigrenzen hinweg anerkannt, nicht zu letzt, weil die verschiedenen Angebote die vom Verein angeboten werden, laufend auf die realen Bedürfnisse der Betroffenen des Zürcher Oberlandes überprüft und angepasst werden. Da der Verein aber nicht alle Bedürfnisse im Bereich der Dezentralen Drogenhilfe selber abdecken kann, ist er auch aktiv im Bereich der Initiierung, Koordination und der Qualitätssicherung von zusätzlichen Angeboten, die aber durch andere Institutionen erbracht werden.

Die Rolle der Stadt Uster

Auch die Stadt Uster hat in der Vergangenheit sich dafür entschieden, statt eigene Projekte aufzubauen, auf die Dienste des VDZO zurückzugreifen. Selbst wenn ich früher mehr Initiative der Stadt Uster im Bereich der Drogenhilfe gefordert habe, hat sich doch gezeigt, dass sich die «passive» Rolle der Stadt für die Betroffenen nicht nachteilig ausgewirkt hat. Im Gegenteil: Die Flexibilität der Fachleute der dezentralen



Bild: Aleks Weber: Rückwärtssein, Limmat Verlag, 1989

Die Hilfsangebote in den Bereichen Therapie und Überlebenshilfe sind wichtige Bestandteile der dezentralen Drogenhilfe. Sie sind auch weiterhin dringend nötig.

Drogenhilfe muss als Vorteil betrachtet werden. Unbestrittenermassen hat aber die Stadt Uster mit ihrem Verhalten das ganze Risiko auf die jeweiligen Initianten delegiert. Der Büro-Job zum Beispiel, um ein einzelnes Projekt herauszugreifen, verdankt seine heutige Akzeptanz nur der unermüdlichen Initiative Brigitte Carlinis, einer Privatperson also. Immerhin ist es den Verantwortlichen gelungen die Suchtpräventionsstelle in Uster anzusiedeln. Die Primarschulpflege, die Oberstufenschulpflege, das Jugendhaus, der Verein Holzwurm und andere Ustermer Organisationen veranstalten laufend mit Unterstützung der Suchtpräventionsstelle Weiterbildungen, Informationsveranstaltungen und andere Aktivitäten. Dies erleichtert den Ustermer Jugendlichen den Zugang zu dieser wichtigen Einrichtung ungemein.

Angebot für vier weitere Jahre sichern

Mit der Abstimmung vom 26. November wird nun die Finanzierung des VDZO-Angebots für die Stadt Uster für vier weitere Jahre gesichert. Bereits heute hat sich die Stadt Uster an den entsprechenden VDZO-Projekte (Betreute Notschlafstelle Wetzikon, Büro-Job Uster,

Jobbus/Garage Oberland sowie die Suchtpräventionsstelle Uster) beteiligt, dies in Form eines bestimmten Beitrages pro Einwohnerin und Einwohner oder aber mit einer Kostengutsprache für eine in einem der Projekten betreute Person. Mit dem nun zur Abstimmung anstehenden 1,3 Mio.-Kredit kann sich Uster die Teilnahme für die Betroffenen EinwohnerInnen an diesen Projekten auch weiterhin sichern. Zusätzlich wird damit aber auch einem Rahmenvertrag mit der Stiftung Netzwerk zugestimmt, die in Absprache mit dem VDZO für die Auffangwohngruppe Wetzikon, den Jobbus/Garage Oberland und Begleitetes Wohnen/Wohnhilfe verantwortlich zeichnet.

Gemeinderat einstimmig dafür

Der Gemeinderat hat die Vorlage einstimmig zur Annahme empfohlen. Die Personen, die in den verschiedenen Projekten arbeiten verdienen von uns nicht nur ein herzliches Dankeschön, sondern auch eine deutliche Zustimmung zu diesem Kredit. Benützen auch Sie die Gelegenheit um Ihre Anerkennung zu zeigen, gehen Sie an die Urne und stimmen Sie – das empfiehlt die SP Uster – Ja.

Veranstaltungskalender

FORUM-TIP

9.11. Daniel Küfer Quartett

20.30 JazzClub

Vier Alben in fünf Jahren: für einen Jazzer kein schlechtes Palmares. Im Falle des Berner Saxophonisten Daniel Küfer erstaunt aber weniger die Anzahl der Alben als deren Verschiedenartigkeit. Ob kühle Fusion-Tracks oder rasante Jazz-funk-Gewitter, bittersüsse Balladen oder augenzwinkernd adaptierte Elvis-Songs: Küfer kennt weder Schwellenangst noch kreative Einbrüche.

Für sein «Jubiläums»-Programm hat er ein paneuropäisches Quartett mit dem Pariser Pianisten Jean-Yves Jung, dem Liverpooleser Drummer Steve Grant und dem Bassisten Philippe Aert aus Belgien zusammengestellt.

Mehr als vielversprechend!



19.11. Matinée

11.00 JazzClub

Jazz und Latin Jazz mit Christoph Grab (Sax), Frank Rösler (Piano), Leon Duncan (Bass), Hanspeter Galenda (Drums). Eine Veranstaltung der MSUG

23.11. Buster Williams Quartett (USA)

20.30 JazzClub

Zukunftsorientiertes Traditionsbewusstsein: Bassist Buster Williams (58) schafft diesen dialektischen Spagat mit erstaunlicher Sicherheit und hat ihn zum lustvoll umgesetzten Credo seines vielfältigen Schaffens gemacht. Die vertrackte Genialität Thelonious Monks hat ihn ebenso geprägt wie der vorwärts stürmende Drive seines langjährigen «Chefs» Herbie Hancock. Mit seinem aktuellen Quartett – Steve Wilson (as/ss), Mulgrew Miller (p) und Lenny White (dr) – bearbeitet er die «klassische Postmoderne» des Jazz zwischen Fusion und Postbop.

Lebendige Jazzgeschichte aus erster Hand.



11.11. Verdi Requiem

20:00 ref. Kirche

Aufführung der Konzertvereinigung Sängerbund Uster, sowie des Symphonischen Orchesters Zürich zu Ehren des Komponisten Giuseppe Verdi. Solisten: Judith Graf, Sopran – Regina Jakobi, Mezzosopran – Miroslav Christoff, Tenor – Ulrich Simon Eggimann, Bass Leitung: Emil Kern www.saengerbund-uster.ch

FORUM-TIP

18.11. Herbie Kopf Group

Mit Jack Walrath (CH/USA)

20.30 JazzClub

Als Bassist und Bandleader mit Charles Mingus verglichen zu werden ist eine grosse Ehre. Zu Teil geworden ist sie dem Zürcher Herbie Kopf, der mit seinem herrlich singenden E-Bass nicht nur in zahlreichen A-Klasse-Kapellen anzutreffen ist, sondern eben sein bereits drittes eigenes Album herausgegeben hat. Und dieses klingt nach Mingus. Sagt jedenfalls Kopfs Gasttrompeter Jack Walrath. Und der muss es wissen, verdiente er sich seine Sporen Ende der 70er-Jahre doch bei Meister Mingus selbst ab. Nebst Kopf und Walrath sind zu hören: Andy Scherrer (ts/ss), Nat Su (as) und Scott Amendola (dr).



24.11. Klavierrezital

20:00 Stadthofsaal

Rudolf Buchbinder spielt Haydn, Beethoven, Chopin.



FORUM-TIP

26.11. Abstimmungswochenende

Parolen der SP Uster zu den Abstimmungen finden Sie in diesem FORUM.

30.11. Uster Märt

Der grösste Märt der Schweiz! Mit Chilbi und Freinacht!

FORUM-TIP

7.12. 3 Voices & a bass (CH/S/USA)

20.30 JazzClub

A capella zu singen ist an sich schon anspruchsvoll. Und wenn sich drei Stimmen Jazz-Standards vornehmen und als vierte «Stimme» einen Bass zuziehen, dann erst recht. Die aus Schweden stammende Zürcherin Marianne Racine hat sich auf solcherlei ambitionierte Spielereien spezialisiert. Gemeinsam mit Samira Mall-Darby und Bruno Amstad macht sie sich lustvoll und seriös über groovende Songs von Monk bis Davis, Hancock bis Brecker her. Am Bass steht der Berner Bänz Oester, der freilich nicht als simpler Begleiter wirkt, sondern im vierstimmigen Rollentausch gleichberechtigt «mitsingt».

9.12. Blues Rooster

20.30 JazzClub

Zum Saisonabschluss Blues aus Effretikon. Doch die offenbar unheilbare «Bluesvergiftung» des munteren Quintetts entführt das Publikum in die diversen Stammlände des Blues von Chicago bis zur Westcoast. Daniel Zimmermann (harp, voc), Patrick Lämmle (g, voc), Jürg Bollmann (g), Mano Reichling (b) und Marcel Eichenberger (dr) huldigen ihren Vorbildern B.B. King, Muddy Waters, Rory Gallagher und Jimi Hendrix, warten aber auch mit Eigenkompositionen zwischen kernigem Blues, Funk und Rock'n'Roll auf.



Nach wie vor das Neueste direkt von der Homepage der SP Uster im Internet unter:

www.spzuerich.ch/spuster/

Insertat



ÖPFELBAUM

Bioladen Genossenschaft Zentralstrasse 18, Uster

Öffnungszeiten:

Montag	vormittag geschlossen	14.00–18.30
Di–Fr	9.00–12.30	14.00–18.30
Samstag	9.00 durchgehend bis	16.00

Votazioni del 26 novembre

No all'iniziativa popolare per un nuovo sottopassaggio alla Winterthurerstrasse



L'iniziativa popolare lanciata nel 1998 dal Freipartei mirava a un finanziamento per un nuovo sottopassaggio, facendo valere che la città è divisa in due dalla linea ferroviaria. La Winterthurerstrasse è una strada cantonale. Se la città di Uster decidesse di voler costruire un sottopassaggio dovrebbe accollarsi da sola le spese di ca. 20 milioni di franchi. Per questo motivo e perché non ha senso costruire un sottopassaggio a 200 metri da uno già esistente il consiglio e il partito raccomandano di respingere l'iniziativa popolare.

Assemblea generale ordinaria

Venerdì 17 novembre 2000 alle ore 20.00 presso il Centro Culturale Italiano Bankstr. 42 a Uster si svolgerà la nostra Ordine del giorno:

1. Elezione di un presidente di giornata
2. Elezione di un verbalista
3. Relazione del presidente uscente
4. Relazione cassa
5. Intervento di un eventuale membro della Federazione
6. Saluto delle associazioni presenti
7. Elezione del nuovo consiglio
8. Elezione del presidente
9. Elezione dei revisori dei conti
10. Varie

Sono invitati tutti i nostri soci, i rappresentanti di associazioni e partiti, amici e simpatizzanti. Inoltre rivolgiamo un appello a coloro che sono sensibili al nostro movimento di entrare a far parte del nostro consiglio e collaborare alle nostre attività. Alla fine ai presenti sarà offerto un piccolo rinfresco.



Simonetta Genovese lascia il suo posto da redattrice della CLI per dedicarsi ad altri compiti. La redazione del FORUM e la CLI la ringraziano per l'ottima cooperazione.

Cambio nella redazione della CLI

Nuova responsabile della coordinazione tra la redazione del FORUM e della CLI è a partire da adesso **Letizia Fiorenza**.
Benvenuta.



Brevetti e corpo umano



Avrete sentito tutti nei giorni scorsi, che si è arrivati a mappare finalmente tutti i geni del corpo umano. Diciamo «finalmente» perché ciò rappresenta il concretizzarsi della speranza che in un futuro non molto remoto, si possano battere flagelli come il cancro, l'AIDS e le altre malattie più o meno mortali che hanno afflitto il genere umano fin dalla sua comparsa sul pianeta Terra.

Claudio Marseglia

L'identità genetica

Già da tempo si assiste, specie in America ed in Giappone, ad una corsa al brevetto di questo e quel pezzo di sequenza di materiale genetico, anticorpi, linee cellulari, enzimi, etc. A differenza delle leggi USA e giapponesi sui brevetti, la legge europea, dopo dieci anni di lavoro e malgrado le critiche, dedica molto spazio ai limiti etici della ricerca, parlando esplicitamente di tutela dell'organismo umano e della sua identità genetica e ponendo chiari divieti alla clonazione umana, alla modifica dell'identità genetica di ovuli e spermatozoi, all'alterazione di quella animale volta a provocare sofferenze senza una sostanziale utilità medica o all'uso di embrioni per fini industriali o commerciali

Brevettabile o non brevettabile?

Secondo questa normativa non si possono brevettare:

- le varietà vegetali,
- le razze animali
- i processi biologici, come gli incroci tradizionali, per le selezioni vegetali e animali,
- le invenzioni il cui sfruttamento commerciale sarebbe contrario all'ordine pubblico o al buon costume (penso per esempio alle clonazioni di esseri umani o la creazione di animali da macello non in grado di camminare).

Sono brevettabili:

- invenzioni applicabili a livello industriale,
- il materiale biologico isolato nel suo ambiente naturale e ottenuto con procedimenti tecnici,

- elementi isolati del corpo umano, come le sequenze del materiale genetico,
- materia vivente che comprende microorganismi (batteri e virus) e linee cellulari,
- materia non vivente che comprende antibiotici, proteine ed enzimi, anticorpi, antigeni, sequenze di DNA e RNA,
- processi che si servono di microorganismi e che si applicano ad essi.

Natura o invenzione?

Ma, come tutte le leggi, anche questa normativa presenta punti poco chiari e quindi controversi; una parte di essa recita che non possono essere brevettati né il corpo umano nei diversi stadi del suo sviluppo, né la scoperta di uno dei suoi elementi sia esso gene o la sequenza parziale di esso. Nello stesso articolo, qualche capoverso dopo, si afferma che un «un elemento isolato del corpo umano o altrimenti prodotto mediante un procedimento tecnico, può costituire un'invenzione brevettabile, anche se la struttura di questo elemento è identica a quella di un elemento naturale».

Non è chiaro e dipenderà, in gran parte, dall'Ufficio Europeo dei Brevetti di Monaco, l'interpretazione di quello che «non può costituire un'invenzione brevettabile». In altre parole, un elemento isolato del corpo umano o una sua sequenza genetica saranno brevettabili se l'Ufficio di Monaco deciderà che sussistono i requisiti di novità, originalità e contenuto inventivo che devono essere rispettati affinché un'invenzione sia considerata tale e possa godere di tutela giuridica.

Le nostre conclusioni su questa importante normativa, sono positive. Visto però le previsioni di sviluppo che il settore avrà nei prossimi anni ed il pericolo che esseri geneticamente modificati influenzino in maniera irreversibile l'evoluzione della Vita sull'intero Pianeta, ci si poteva aspettare un poco di chiarezza in più. Conoscendo gli interessi in gioco e essendo l'argomento così delicato, doversi basare sul buon senso e sull'onestà degli uomini che lavorano nell'Ufficio Brevetto è pretendere un po' troppo.

Le Colonie Libere a congresso



Il 28 e 29 ottobre si è svolto il XXXVI Congresso della Federazione delle Colonie Libere Italiane in Svizzera nella suggestiva città di Thun. Questo congresso ordinario doveva servire per rilanciare il nostro movimento e stabilire le nostre attività future.

V. Modolo

Le questioni italiane

È il momento di fare una profonda riflessione sulla problematica dell'emigrazione e su come e con quali mezzi andare avanti, tenendo presente che noi viviamo qui ma molte cose che ci riguardano vengono decise in Italia. Sulle questioni italiane ci sono molti problemi a cui dobbiamo dedicare la nostra attenzione perché ci riguardano direttamente. Ne citerò alcuni:

- Il diritto di esercitare il voto per gli italiani all'estero. Se ne parla da anni, ma il nostro governo e il parlamento non dimostrano molta sensibilità verso le nostre richieste.
- I corsi di lingua e cultura italiana che vanno avanti con molte difficoltà senza raggiungere gli obiettivi prefissi.
- Lo smantellamento della rete consolare che prosegue senza tener conto dei bisogni dell'emigrazione.
- I problemi di chi rientra, a volta non per libera scelta ma perché costretto dalla situazione economica.
- Le nuove disposizioni sul trasferimento dei contributi AVS che non sarà più possibile con l'entrata in vigore degli accordi bilaterali e che provoca molta insicurezza tra coloro che hanno i requisiti per la pensione di anzianità italiana.

Le questioni svizzere

In Svizzera sono diversi i problemi con cui siamo confrontati:

- La scuola dove molti stranieri a volte per questioni linguistiche vengono discriminati e costretti a frequentare scuole speciali.
- La cura dei rapporti con il governo svizzero, con le autorità cantonali e comunali, mirando all'obiettivo dei diritti politici per gli stranieri.
- La difesa dei nostri diritti collaborando con i sindacati o altre organizzazioni, sensibili ai nostri problemi.
- Lo smantellamento dello stato sociale: anche in questo paese c'è questa tendenza, da più parti si parla di aumentare ancora l'età pensionabile nonostante la persistente disoccupazione.
- Il problema reale degli anziani che hanno deciso di rimanere in Svizzera, confrontati ogni giorno con difficoltà economiche e che vivono in una deprimente solitudine dimenticati dal nostro governo.
- I rapporti con le associazioni italiane e anche con quelle straniere affinché si ritrovi l'unità quando si devono difendere i diritti di tutta la collettività. Non è andando in ordine sparso che si possono risolvere i problemi.
- L'incremento dei rapporti con i partiti di governo svizzeri che dimostrano la loro disponibilità e sono sensibili ai nostri problemi.

- Il chiarimento dei rapporti con i partiti italiani presenti in Svizzera che con il diritto di voto assumeranno un ruolo più importante, anche se il loro interesse è rivolto verso l'Italia e mostrano perciò scarsa sensibilità per i problemi in loco.

I giovani

Questi sono alcuni problemi scaturiti nel dibattito congressuale di cui le Colonie Libere devono farsi carico in futuro. Bisogna però essere consci dei nostri limiti, molti dei nostri attivisti sono rientrati, dimezzando i direttivi di molte Colonie. La cosa più desolante è che mancano i ricambi, non riusciamo a coinvolgere i giovani che dovrebbero garantire una continuazione, le loro esigenze sono diverse dalle nostre e anche i loro problemi sono diversi da quelli che aveva la prima generazione. Allora bisognerà cercare punti di convergenza su cui lavorare assieme altrimenti con il tempo siamo destinati a scomparire.

Un congresso deve essere un momento per valutare il lavoro svolto e dare indicazioni per le attività future: un'opportunità per analizzare gli errori commessi per evitare di rifarli, per sondare le nostre capacità e disponibilità e per non dimenticare che solidarietà e altruismo sono i valori su cui sono state fondate le Colonie Libere in Svizzera.

IMPRESSUM FORUM

Periodico di politica, lavoro e cultura

www.forumonline.ch

Edito della Colonia Libera Italiana, Postfach, 8610 Uster 1

Edizione: 9600

Abbonamento annuale: Minimo Fr. 30.-

PC 80-13431-8 FORUM

Comitato di redazione: Claudio Marseglia,

Letizia Fiorenza

Valerio Modolo,

Stampa: Ropress Zurigo

FORUM

Periodico di
politica, lavoro e cultura
della Colonia Libera

Italiana

www.forumonline.ch

No. 206 Novembre 2000



Brevetti e corpo umano

P.P. Uster